

Pressemitteilung  
15.01.2016

## Volksbegehren gegen Massentierhaltung in Brandenburg erfolgreich

Laut Landeswahlleiter von Brandenburg haben 103.891 Bürgerinnen und Bürger das Volksbegehren gegen Massentierhaltung unterzeichnet. Damit ist die zweite Stufe im Volksabstimmungsverfahren erfolgreich abgeschlossen.

Kurt Wilhelmi vom Berliner OMNIBUS-Büro freute sich: „Das ist ein epochales Ergebnis. Den Erfolg kann man gar nicht hoch genug einschätzen. Trotz der schwierigen Ausgestaltung der Volksgesetzgebung, die ja eher ein Gelingen verhindern soll, haben die Menschen in Brandenburg unbedingten Willen gezeigt. Sie wollen die industrielle Massentierhaltung so nicht mehr tolerieren.“

Jetzt ist der Brandenburger Landtag am Zug. Er kann die Forderungen des Bündnisses Agrarwende übernehmen. Tut er dies nicht, so kommt es im Sommer 2016 zum Volksentscheid. Die Wahlberechtigten in Brandenburg können damit zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik selbst über veränderte Haltungsbedingungen für Tiere in der Landwirtschaft direkt und rechtsverbindlich entscheiden.

Michael von der Lohe, Geschäftsführer des OMNIBUS sagte dazu: „Wir sind sehr froh, dass das Volksbegehren trotz der Stolperfälle Amtseintragung erfolgreich war, denn es ist erst das zweite erfolgreiche Begehren in Brandenburg überhaupt. Damit zeigt sich eindeutig, dass die Bürgerinnen und Bürger über das Tierwohl abstimmen wollen, denn diese Gewissensentscheidung kann man gar nicht an Andere delegieren.“

Auch bundesweit wurde das Brandenburger Volksbegehren gegen Massentierhaltung als wichtiges Pionierprojekt mit großem Interesse verfolgt und unterstützt. Auf Bundesebene gibt es noch kein direktes Abstimmungsrecht, mit dem deutschlandweit über die Zukunft unserer Landwirtschaft und neue Tierschutzgesetze abgestimmt werden kann.

Dazu Brigitte Krenkers, Gründerin des OMNIBUS: „Seit Bestehen des Grundgesetzes, also seit 1948, blockiert das deutsche Parlament die im Grundgesetz, neben den „Wahlen“, verankerten direkten Abstimmungsrechte auf Bundesebene, wie in Artikel 20,2 festgelegt: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen ... ausgeübt.“

Der OMNIBUS hat gemeinsam mit vielen Menschen dem Bundestag einen Vorschlag vorgelegt, wie die bundesweite Volksabstimmung eingeführt und geregelt werden kann.

### Mehr Information

[http://www.omnibus.org/stoppt\\_massentierhaltung.html](http://www.omnibus.org/stoppt_massentierhaltung.html)

### Für Rückfragen

Kurt Wilhelmi  
kurt.wilhelmi@omnibus.org  
+49 30 42804390  
+49 177 3957073  
[www.omnibus.org](http://www.omnibus.org)